

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Banffonto:
Geb. Krenholz, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Diese Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtesbeamtenkammern Dresden-Stadt und Dresden-Alstadt.

Abonnement: Einzelstück 10 Pfennige, 1. Silbermark für Deutschland die Nummer 21. Dezember 1. Silbermark für Deutschland die Nummer 210 Milliarden R. Einzelnummer 200 Milliarden R. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10, Tel. 25261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Kompareseitze 30 Pf., die 90 mm breite Namensseite 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeschäfte 40 Prog. Anzahl. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 292

Dresden, Montag den 17. Dezember 1923

34. Jahrg.

Frankreich gestattet „Anhören“

Aber die Besatzungsmaßnahmen, Rheinlandkommission und Repko bleiben unangetastet

Die Reichsregierung hat dem französischen Ministerpräsidenten am Sonnabend durch den deutschen Gesellschafter in Paris ihre Aussage über die Klärung der Lage im Ruhergebiekt im Zusammenhang mit der Lösung des Reparationsproblems notwendige Politik mitteilen lassen. Gleichzeitig wurde in Brüssel bei der belgischen Regierung ein diplomatischer Schritt unternommen. Sowohl der französischen als auch der belgischen Regierung wurde u. a. mitgeteilt, daß die wirkliche Lösung der Reparationsfrage nur in einer unter Beteiligung aller interessierten Mächte herbeizuführenden Neuregelung bestehen könne, die zugleich die von der Reparationsfrage un trennbar Rhein- und Ruhrfrage mit umfassen müsse. Poincaré hat sich eine nähere Schilderung der deutschen Aussage schriftlich geben lassen. Aus einer Auskunft der Havas-Agentur ist zu ersehen, welche Stellung die französische und die belgische Regierung zu dem deutschen Schritt in Paris und Brüssel einnehmen. Frankreich und Belgien sind im Grundsatz bereit, mit Deutschland zu verhandeln, erinnern aber gleichzeitig an die allgemeinen Grundsätze ihrer bisherigen Politik. Das seien:

Ausführung des Friedensvertrages, keine Schädigung der Rechte der Reparationskommission, keine Schädigung der Rechte der Rheinlandkommission und keine Diskussion über die von den französisch-belgischen Besatzungsbehörden im Ruhergebiekt getroffenen Maßnahmen.

Paris, 16. Dezember. In der soeben überreichten Antwort der französischen Regierung heißt es:

Nachdem der passive Widerstand eingestellt zu sein scheine, sei der Ministerpräsident jederzeit geneigt, sich mit dem offiziellen Vertreter der deutschen Regierung über alle Fragen zu beschäftigen. Was die Reparationen betreffe, so werde die französische Regierung weder die durch den Friedensvertrag eingesetzte Kompetenz entziehen noch irgend einer Regelung zugestimmt. Sie bereit zu finden, die nicht streng dem Friedensvertrag entspreche. Zu der Rhein- und Ruhrfrage könne sich die französische Regierung nicht dazu bereitfinden, die französisch-belgischen Besatzungsbehörden im Ruhergebiekt oder die Internationalisierte Überkommission im übrigen bestehenden Gebiet ihrer Kompetenzen zu entziehen. Was die Festlegung eines Modus vivendi im Ruhergebiekt oder im allbekannten Rheinlande anlange, so sei der französische Ministerpräsident durchaus geneigt, die Vorschläge der Berliner Regierung anzuhören. Er wäre namentlich bereit zu allen Unterhandlungen bezüglich der Verhandlungen über die Abmachungen mit den Industrieunternehmen, der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und bezüglich der Verwaltungsfragen. Voraussetzung sei dabei, daß die französische Regierung ihr unbedingtes Recht wahre, die Rückkehr ausgewiesener Personen nach Prüfung der Einzelfälle zu gestatten. Poincaré erklärt am Schlus der Antwort, daß die Internationalisierte Militäkontrollkommission ihre regelmäßige Tätigkeit noch nicht hätte aufnehmen können, um das demokratische Deutschland nicht behaupten könnte, daß es den Friedensvertrag loyal ausgeführt.

Der Sinn der mitgeteilten und weiterer Darlegungen ist, daß die französische Machtbehörde jetzt keine Gründe mehr ansieht, direkte Verhandlungen abzulehnen. Doch sie wollen aber eventuelle Verhandlungen von vornherein für französische Interessen „ungefährlich“ machen, sofern man das zugesagte „Anhören“ deutscher Wünsche überhaupt als Verhandlungen werten will. Das Ganze ist ein Spiel mit Worten, das nach außen den Eindruck erwecken soll, Frankreich sei nachgiebig gestimmt. In Wirklichkeit wird gar nichts zugesagt und versprochen. Repko und Rheinlandkommission behalten ihre Macht, über die Besatzungsmaßnahmen darf nicht gesprochen werden, höchstens können deutsche Wünsche über die Abkommen mit den Industriellen gefügt werden. Das ist alles. Poincaré behält alle Trümpfe, alle Macht in seiner Hand. Geändert allein hat sich bei ihm die Sprache. Er verteidigt nicht mehr in schroffer, unmachender Ton, sondern höflich, sachlich korrekt. Aber er gibt auch nichts nach. Man hört nur die Stärke des Siegers, die Abwehr des Gegners, die Diktatur seiner eigenen Maßnahmen über ihn. So ist aus dem weiteren „Anhören deutscher Wünsche“ zunächst nicht viel zu erhoffen. Verhandlungen, wirkliche Verhandlungen sind nicht zugesagt, am wenigsten zur Lösung des gesamten Reparationsproblems. Poincaré hält seine Alliierten von solchen Verhandlungen auch weiterhin fern. Er lädt sie nur durch die ungeschicklichen Unterkommissionen des Repko zu, die aber auch nur zu „prüfen“ haben.

So spielt die französische Macht in Europa.

Griesemann für internationale Verständigung

Kaufmannsminister Dr. Griesemann hat am Sonntag in Berlin vor dem Verein Berliner Presse eine Rede gehalten, der der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichskriegsminister am, bewohnt. Griesemann sprach über die Schwierigkeit und die Bedeutung der Aktion des Auswärtigen Amtes, wendete sich dann der Ruhrfrage zu und sagte:

Es ist unerhörlich, daß auf das deutsche Memorandum der Regierung Cuno, in dem mit uns eine Verständigung von Eisenbahn, Gewerbe und deutscher Wirtschaft bereit erklärt haben, überhaupt keine Antwort erfolgt ist. Wir sind bereit, den Weg internationaler Verständigung zu gehen. Zu meinem Leidwesen sind aber dafür festen Absichten noch nicht gegeben, und der Scheit der deutschen Regierung beim französischen Kriegsgefangenen hat zu dem Entwurf geführt, der passate

Widerstand sei immer noch nicht beendet, da die Militärentrolle in Deutschland noch nicht wieder eingeführt sei. Wenn wir in voller Übereinstimmung unserer Verantwortung uns gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle gewehrt haben, so geschah es aus dem Grunde des Schutzes derjenigen, die diese Kontrolle vorgenommen haben. Die Erregung in der Bevölkerung sei tatsächlich so groß, daß die Verantwortung für diejenigen, die die Kontrolle durchführen sollen, von der Regierung nicht übernommen werden kann. Das sei kein Vorwurf für das deutsche Volk, vielmehr bewundere er die Besonnenheit des Volkes nach all den Demütigungen, die ihm jahrelang zugemutet worden sind. Wir gehen den Weg der Verständigung. Durch all das Schware ist und der Begriff des Staates beinahe verloren gegangen. Zum Staate gehört Autorität nach innen und außen, sie wird und genommen. Über jede deutsche Regierung wird angegriffen, weil sie nicht genügend Autorität zum Außenkreis bringt. Wenn man die ehrliche Entwicklung von außen garantiert, werden wir auch im Innern ruhige Zeiten entgegengehen. Stresemann schloß mit dem Dank an Russland für Unterstützung und Hilfe.

Die Arbeiterregierung unvermeidlich

Keine Koalition regierung in England möglich

London, 15. Dezember. Lloyd George tritt im Daily Chronicle mit dem nächsten Schritt in der innerpolitischen Lage für ein Wahlkampfbündnis gegen die Regierung beim Zusammenschluß des Unterhauses ein und ist der Ansicht, eine Arbeiterregierung sei unvermeidlich. Zweit sei keine Partei stark genug, um ohne Unterstützung oder wenigstens Zustimmung einer anderen Partei zu regieren. Das Koalitionsperiment könne nicht erneuert werden. Eine Koalition zwischen Liberalen und Konservativen oder Liberalen und Arbeitern kommt nicht in Frage. Jeder Gebrauch eines Bündnisses zwischen Konservativen und Liberalen müsse als abgetan gelten. Die dringendste Frage sei, ob die Arbeiterpartei, wenn sie die Verantwortung trage, ihre aufreizenden Doktrinen in die Praxis umsetzen oder die revolutionäre Fabel still austöpfen werde. Das Wesentliche unter den augenblicklichen Umständen sei

jedoch, daß die sozialistische Partei nicht ohne liberale Zustimmung regieren könne. Ein großer Teil des Arbeitersprogramms sei identisch mit dem der Liberalen. Kein Brindis der Mitglieder der Arbeiterpartei würde froh sein, die notwendige Beschränkung mit der Tafel zu erklären, daß die Partei eine Minorität im Hause darstelle, und daß daher Vermögensabgabe und Verstaatlichung der Hauptindustrien aufgeschoben werden und andere Maßnahmen den Vorrang erhalten müßten, die dann die Liberalen berglich gern unterstützen würden.

Staat und Wirtschaft

Im Zentrum unseres gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens steht die Währungsfrage. In allen politischen Lagern, in den Kreisen der Unternehmer wie der Arbeiterschaft, besteht über einen Punkt keinerlei Meinungsverschiedenheit: unsere Währung kann nur dann stabilisiert werden, wenn die öffentlichen Ausgaben ins Gleichgewicht gebracht werden mit den Einnahmen. Die geradezu tolle Defizitwirtschaft muß also radikal beseitigt werden.

Wie aber soll das Defizit beseitigt werden? Die Regierung in Übereinstimmung mit den führenden Unternehmenskreisen sagt:

1. durch Sparmaßnahmen, 2. durch Mehrarbeit, 3. durch niedrige Löhne und Gehälter, um die Produktionskosten herabzudrücken, 4. durch neue Steuern.

Das heißt in Wirklichkeit das Pferd beim Schwanz aufzumachen. Vergleicht man die Ausgaben des Reiches mit den Ausgaben vor dem Kriege, dann stellt man fest, daß diese, wenn man die zeitweiligen Ausgaben infolge der Rückbelebung abzieht, trotz vielen neuen Lasten und trotz dem Zurückgehen der Kaufkraft der Goldmark viel niedriger sind. Es müssen also zunächst die Einnahmen gezeigt werden. Gleich soll und muss durch eine Vereinfachung der Verwaltung überall da gespart werden, wo es möglich ist. Aber ein Staat wird nicht zahlungsfähiger durch Ver nachlässigung der ihm zugehörenden Verwaltung- und Kulturaufgaben, sondern durch Förderung der Voraussetzungen für eine Höherentwicklung der gesamten Wirtschaft.

Wenn nun die Regierung gar diese Höherentwicklung unterbindet, indem sie die Ausgaben für soziale und kulturelle Zwecke beschränkt, die eigenen Einnahmen verstopft durch Unterbindung der Kaufkraft der Massen, die Produktivität zu steigern versucht, wie es das Kapital in seinen Anfängen machte, nämlich durch eine Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeiter, so bedeutet das alles zusammen praktisch der Versuch, Deutschland zurückzudrängen.

Verhandlungen über die Regierungsfrage

Die Landesinstanzen des B. S. P. D. in Verbindung mit der Landtagsfraktion, tagten am Sonnabend den 18. Dezember, um zu den durch den Rücktritt des Ministeriums Hellisch gegebenen Situation Stellung zu nehmen. Die Instanzen beschlossen, entsprechend den Entschließungen des Landeskongresses vom 2. Dezember mit den Kommunisten in Verhandlung einzutreten.

Die Leipziger Volkszeitung schreibt zum Rücktritt der Regierung Hellisch:

Welche Folgen diese neueste Krise haben wird, und wie ihre Lösung erfolgen wird, ist noch gar nicht abzusehen. Die augenblicklichen Verhältnisse im Reiche und die Handhabung des Auslandsgewerbes lassen allerdings Befürchtungen zu für den Fall, daß die Krise sich wieder längere Zeit hinzuziehen sollte. Die Ausichten kennzeichnen auch die Leistungsfähigkeit, mit der die Kommunisten immer wieder die Interessen der Arbeiterklasse geführt haben. Denn der Sturz der Regierung, den sie so lebhaft befürwortet haben, bedeutet eine Stärkung der militärischen Gewaltbehaber und erhöht die Gefahren für die Republik und die Arbeiterklasse.

Wenn und wie die Krise beendet werden wird, ist noch völlig ungewiß. Das Verhältnis der beiden Nachbarparteien links und rechts von uns und hat die Regierungsbildung augenzwinkernd erlebt. Wie die Parteien, die heute so laut ihre Wünsche gegen unsre Regierung befürwortet haben, morgen mit einem Male wieder so viel Vertrauen aufbringen sollen, eine neue sozialdemokratische Regierung in den Sattel zu heben, ist eigentlich kaum zu begreifen. Und dann kommt es ja schließlich auch noch darauf an, ob unsre Partei diesen Parteien wieder so schnell ihr Vertrauen entgegenbringen kann. Auch diestärkste Partei kann es sich schwierig nicht jahrelang leisten, aller drei bis vier Wochen die Regierung zu wechseln, wenn sie nicht ihr eigenes Leben untergraben und ihre brauchbarsten Leute abwirtschaften lassen will. Der widerliche Komödie muß einmal ein Ende gemacht werden.

Die jetzige Einwidrigkeit der Dinge hat die zur Entscheidung drängenden Fragen noch drüber herausgehoben. Weitere unsichere Experimente sind kaum noch in Betracht zu ziehen. Es gibt u. E. nur zwei Möglichkeiten, wenn man nicht wieder nur einen Notbehelf schaffen, d. h. die Krise weiter im Dauerguthand erhalten will: Entweder eine Koalition, bei der bestimmte Sicherungen vorhanden sein müssen, oder die Auflösung des Landtages und der Appell an die Wähler.

Diese Entscheidung ist für die Partei von so außerordentlicher Bedeutung, daß sie nur von der Gesamtteilung geschaffen werden kann; um so mehr, da sich der letzte Parteitag eindeutig die Entscheidung über die Frage einer jeden Koalition vorbehalten hat. Genauso wichtig wie die Koalitionsfrage ist aber die Frage der Neuwahl. Auch hier ist die Verantwortung so groß, daß man diese letzte Entscheidung weder der Fraktion, deren Stimme nicht erst vor 14 Tagen sehr stark reduziert hat, noch einem Justizkollegium von 12 bis 20 Mann überlassen kann.

Die Chemnitzer Volksstimme sagt:

Bei der künftigen Entscheidung muß klar und leidenschaftlos entsogen werden, was auf dem Spiele steht. Wenn das Drängen der Fraktion, die Gewalt in den Einzelstaaten in die Hand zu bekommen und die Aus-

Die Demokraten und das gestürzte Kabinett Hellisch

Die Vorstehenden der demokratischen Landtagsfraktion, so berichten die Leipziger Neuesten Nachrichten, die Abgeordneten Dr. Scherzer und Dr. Dehne, gaben in einer Besprechung mit Friseurvertretern, an der auch unter Dresdner Schriftleitung beteiligt war, Aufklärung über die Vorgeschichte zum Sturz der Regierung Hellisch. Bei Eingehen der „Sillen-Koalition“ sei es den Demokraten klar gewesen, daß eine Unterstützung der Regierung nur in Frage kommen könne, wenn der Ministerpräsident Hellisch den zugesagten neuen Kurs einhalten würde. Die demokratischen Forderungen für eine Unterstützung der Regierung Hellisch bestanden

1. in einem Verlassen des klassenkämpferischen Standpunktes der Regierung und deren Arbeit für das gesamte Volk,

2. in einer Wiederherstellung der parteipolitischen Personalpolitik, die mit einer Demokratisierung der Verwaltung nichts zu tun habe,

3. die Herstellung eines besseren Verhältnisses zum Reich und

4. die Umstellung der Polizei auf ihren staatserhaltenden Zweck und die Reform der höheren Schulen in einer unpolitischen Weise.

Da die Demokraten eine Regierung wohl mit bilden, aber sie wegen des Stimmeverhältnisses nicht fürzigen könnten, so mußten sie verlangen, daß die Entzifferung der Unterstützung so gewertet würde, als wenn sie durch eine parlamentarische Mehrheit erfolgte. Diese Aufklärung war gegeben worden. Zweifellos sei der Minister Liebmann der hauptsächlichste Anlaß zu dem Vorgehen der Demokraten gewesen, aber sicher nicht der alleinige. Die Reden des Ministers Liebmann hätten klar erwiesen, daß mit ihm die von Hellisch angestrebte Politik nicht zu führen war. Das sei den Sozialdemokraten bereits am 5. Dezember zum Ausdruck gebracht worden. Bei Liebmann seien noch andere Dinge vorgekommen, die zum Teil noch nicht veröffentlicht seien. Da Liebmann über der politisch einflußreichste Minister im Kabinett sei, schaute Ministerpräsident Hellisch die demokratische Forderung auf Ausdrückung Liebmanns als Voraussetzung ihrer weiteren Unterstützung ab. Ungeachtet der Aufklärung, daß die Regierung zurücktreten werde, wenn die Demokraten das forderten, hatten die Demokraten ursprünglich von einem Majoritätsbündnis abgesehen. Sie mußten den Antrag jedoch einholen, da der Ministerpräsident nach Freitag vormittag erklärte, daß er nur zurücktrete, wenn eine öffentliche Erklärung der Demokraten folge. Daraufhin drohte die demokratische Fraktion in der 12. Mitgliederversammlung ihren Antrag ein, der sofort zum Rücktritt der Regierung führte.

Dazu möchten wir bemerken, daß den Demokraten bei der Bildung der Regierung Hellisch von der B. S. P. D. leider irgendwie bindende Zusicherungen gegeben wurden. Genossen Hellisch hat nur versprochen, zurückzutreten, wenn er das Vertrauen der Demokraten nicht mehr genieße.

Für die amerikanische Anleihe

Paris, 16. Dezember. Die deutsche Regierung hat die Reparationskommission eine Rolle übermitteln lassen, in der sie um die Aufhebung der den Alliierten nach dem Frieden zwar zugeschneiderten Priorität auf alle Einkünfte des Deutschen Reichs zugunsten einer von Deutschland im Ausland auszuschauenden Anleihe ersucht. Es handelt sich um die von Amerika in Rücksicht gestellten Lebensmittelkreise in Höhe von 5 Millionen Dollar.

Maßnahmen zum Personalabbau

Der fünfzehnrausschuss des Reichstags nahm bei Weiterberatung der Beamtenabbaurechnung einen Antrag, nach dem das Privatinkommen aus dem Vermögen der Frau bei der Berechnung des Privatvermögens auscheiden soll. Außerdem soll das Privatinkommen bis zur Höhe des Vertrages der Einigungsteil der Verfolgungsgruppe S (bisher 7) bei der Kürzung der Einigungsteil bestehen. Die Regierung will bei Durchführung des Personalabbaus Schule und Kultus in den gefährdeten Gebieten Ruhe und Ruht. Sachsen, Schleswig-Holstein) besonders berücksichtigen. In der Frage der Entlassung verheirateter weiblicher Beamter wurde vom Ausschuss verlangt, daß der darauf bezüglichen Entlassungen bestellt werden, doch der ausschließende Verheiratete Beamten entweder eine Abfindung genähert oder ihr für später Entlassung und Hinterbliebenenfürsorge gesichert bleibt und die Entlassungen über die Wiederverwendung männlicher Beamten auf verheiratete Beamten ebenfalls angewandt werden. Zur Frage der Entlassung von Angestellten wurde der Regierung folgende Empfehlung der Abbaurechnung durch Geschäftsrat empfohlen: Die Zahl der Angestellten ist so weit zu verringern, als es die Verhältnisse der Verwaltung erlauben. Angestellte, die am Tage der Einigung insgesamt mindestens 12 Jahre ununterbrochen bei Reichs-, Länder- und Gemeindeverwaltungen beschäftigt sind, werden den Versorgungsberechtigten Angestellten gleichgestellt.

Der Ausschuss trat auch dafür ein, daß weibliche Angestellten Abfindungssummen gewährt werden sollen, auch wenn ihre wirtschaftliche Versorgung gesichert erscheint. Als Grund für Berechnung der Abfindungssumme soll die im Dienst dem Fleischdienst unmittelbar vorangegangen ist, gründliche Dienstzeit unter Ausschluß der Fleischdienstzeit angenommen werden. Mit der Überwachung der Durchführung der Personalabbaumaßnahmen soll ein aus 7 Mitgliedern bestehender Ausschuss beauftragt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnunterschieden in der Zigarettenindustrie

Seit einem Monat schweden in der Zigarettenindustrie die Verhandlungen über die Einführung des Goldlohnartikels. In den ehemaligen zentralen Reichsarbeitsverhandlungen am 15. November in Hannover hielten die Zigarettenfabrikanten ein Lohn, wonach es in Dresden für eine einfache Sorte Zigaretten pro Stunde, für Einzelnen und Wiedelmaiden, insgesamt nur 6,75 M. geben sollte. Den männlichen Lohnarbeiter, über 20 Jahre und verheiratet, bei man 18 Pf., und weiblichen Lohnarbeiterinnen über 20 Jahre 18 Pf. pro Stunde. Da die Vertreter der Arbeiterschaft diese Angebotsstruktur ablehnten, erhöhten die Fabrikanten ihren ersten Vorschlag um 20 Prozent. Auch dieses Angebot, wobei die Arbeitgeber betonten, daß es unter keinen Umständen mehr bewilligt könnten und wollten, war zu geringfügig für die Arbeitnehmer, weil es weit hinter den Fleischdienstlöhnen zurückblieb. So waren die ersten Verhandlungen zum Scheitern verurteilt. Über die Verhandlungen berichtet das Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verein:

Die Tarifkommission der Zigarettenfabrikanten (von einigen Zustimmungen abgesehen, eine wahre Kusteraktion von Schärfenauer) wollten diffizieren und die Tabakarbeiter sollten sich ihrem Willen beugen. Bei der augenblicklichen Lage glaubte sie, den Tabakarbeitern den Fuß in den Hafen seien zu können. Die Tabakarbeiter sollten noch unter die strengen Vertragsverhältnisse herabgedrückt werden. Man schaute sich nicht, bei den Verhandlungen mit einer Firma zu operieren, die vor dem Kriegs-Jahres Ende genug war, für das Mille Zigaretten 4,50 M. zu zahlen. Damit und immer wieder zeigte sich das Bestreben, keine Löhne

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Im Neustädter Schauspielhaus heißt das diesjährige Weihnachtsmärchen "Prinzessin Hüschenwind". Leider machte die Erstaufführung dem Titel des Stücks keine Ehre, sie brachte nicht, leicht und dauerhaft so viel über die angekündigte Zeit hinaus. Der Verfasser, G. P. Busch, hat aus allerlei Wünschenmotiven etwas daraus gemacht, was nicht immer geschickt eingeflochtenen, in der Aufführung gar zu einförmigen Tanzeinlagen geführt ist. Ein passendes Sinnbild für diese ganze "Wärthendichtung" scheint mir der Christbaum zu sein, der im letzten Akt auf die Szene kommt: ein lächerliches Gebilde ohne Glanz. Die Musik von Müller-Wiemers ist leicht und anprechend. Von den Darstellerinnen erscheint Anna Faust durch natürliche Ausdruck. Inneneile Würz als drohiges Höllerlädchen mischte sich mit Oskar Groß als Schneider Schnips, Leben und Begeisterung in die schleppende Aufführung zu bringen.

Konzert

Die Konzertabende Atron begeistern sich "Neue Musik", wo mit durchaus nicht gezeigt ist, daß die dort vorgeführten musikalischen Erzeugnisse immer aus dem Lande des krankhaften Nationalismus stammen müssen. Die leichten Abende hinter Atron allerdings etwas in den Ruf eines Förderers des nur formlich zu nennenden Nationalismus gebracht. So daß er gut in, nur einmal wieder zu zeigen, wie Neues auch noch mit älteren Mitteln gelingt werden kann. Den größten Gewinn des jungen Abends bedeuteten die "Stimmen Liebhaber" von Wilhelm Groth — gelungen von Willi Siegbahn —, bei denen sich ganz eiste warme Begeisterung der Hörer bemerkte. Es war überaupt wundervoll und erstaunlich, festzustellen, wie das Atron-Publikum, das in nobilitierter Haltung g immer so tut, als hätte es nur kult-intellektuell orientierte Musik vertragen, plötzlich verwandelt ist, wenn ihm einer mit edlen gesunden Stimmen kommt. Man erlebte das bei Groth und auch — man staune — bei Wörth, der dieses mal mit seinem "Ungarischen Bauerntanzen" melodisch und rhythmisch so sprudelt, daß man sie sogar zur Wiebelung begehrte. Wenn er sich wie hier im allgemeinen gesund hält und nur gelegentlich seine ihm eigentümlichen satophonischen Lupen aufträgt, die wie Anteile der Spannung die Bewegung des Tonens fordern, so kann man sich ihn lassen lassen. Die von Schlering gespielte Violinistin des Engländer Goossens wirkte doch abschöpfend, kann aber durch eine große, innige Söhne romantisch schwärmerische Gemüter festsetzen. Wie sich jedoch Atron von einem Abend zum andern die knifflischen pianistischen Dinge eintheilt und wie er sie behält, festet jeden Bachmusiker. Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 18. Dezember. Opernhaus: Carmen (7). Volksbühne Nr. 7526 bis 7610. — Schauspielhaus: Bürger Antrag: Zum ersten Male (Aufführung): Dornröschen (6). Volksbühne Nr. 1 bis 67. — Neustädter Schauspielhaus: Mein Bürger Edward (7%). — Rosinen-Theater: Der letzte Walzer (7%). — Neues Theater (Kaufmannsstadt): Elektra (7%). Volksbühne Nr. 8011 bis 9140.

Neues Theater. In der Erstaufführung der Hoffmannschen Tragödie Elektra am Dienstag sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen: Stein-Ziele, Rehberg, Drosdner; die Herren: Hammer, Auermann, Bressart und Strom. Spielleitung: Stein. Bildenspiel: Bausig.

Sensationelle Unwahrheiten

(N) Nach Bekanntungen deutscher Blätter soll das Berliner Petit Journal Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten veröffentlicht haben, die, wenn sie richtig wiedergegeben würden, „einen deplorablen Einbruch bewirken müßten“. Obwohl der Artikel selbst im Petit Journal noch nicht enthalten ist, wissen die Leipziger Neuesten Nachrichten bereits aus seinem ungeöffneten Inhalt folgendes zu berichten:

„Heißt bestellt sich über die in Sachsen und Thüringen herrschende Militärdiktatur, die nicht einmal unter Wilhelm II. möglich gewesen wäre. Die Reichswehr sei wie in feindlichem Land eingeschritten, die Verbüßung wurde terrorisiert, würgende Nebenländer würden auf die Straße gesetzt und öffentlich gepeitscht, ohne jede Warnung würden Maschinengewehre abgefeuert und Spaziergänger hingerichtet. Die Freiheit sei unterdrückt, um zu verhindern, daß nach dem Putsch von Lubendorff in Bayern zwischen diesem und der Reichsregierung Verhandlungen geführt würden, wobei das Reich kapitulierte. Alle Bedingungen Lubendorffs seien angenommen und ein Vertrag abgeschlossen, an dessen Spitze gesagt wird, daß Lubendorff in Freiheit bleibe, aber alle Sachsen und Thüringer ins Gefängnis gestellt werden müssten. Die Heimseligkeit gegen Sachsen ergebe sich daraus, daß dieses Anhänger des Republikaner sei und die Durchsetzung eines Planes verhindern wolle, den Tschischtschikow nicht bezeichnet. Vielmehr beschränkte er sich auf die Bedeutung, daß die Rückkehr des Königspringen nach Deutschland kein Aufschwung sei. Stresemann habe blindlings den Befehl eines Monarchen und reichen Industriellen, insbesondere des sächsischen Stützpunktes Arnolds, gehorcht. Noch sei es Zeit, die Regierung zu retten. Die monarchistischen Pläne müßten benutzt werden; denn ihre

Erfolg wäre für das deutsche Volk das größte Unglück und vielleicht sogar das Signal zu verrückten feierlichen Abenteuern.“

Der ganze Bericht ist Sensationsmache. Richtigkeiten ist nicht, daß Ministerpräsident Hellrich vor einigen Wochen, wie sehr vielen anderen ausländischen Pressevertretern, auch dem Verleger des Petit Journal eine nur wenige Minuten dauernde Unterredung gewährt hat. Was in dem oben wiedergegebenen Bericht darüber ausgeschildert wird, ist nichts als ein sensationelles Lügengebilde. Soviel die angeblichen Erfahrungen des Ministerpräsidenten über „öffentliche Verhöllungen“ und „Wiedermengenpeitschen“, wie auch über einen „Bertrag mit Lubendorff“ und über den „sächsischen Stützpunkt“ sind von A bis B unwahr. Nur bildenlose Sensationsmache kann die kurze Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Hellrich zu solchen Verdächtigungen und Erfindungen missbrauchen.

Das Berliner Tageblatt schreibt zu dem „Bericht Märchen“:

Diese Erzählung des französischen Journalisten trügt den Schempel der Erfahrung an der Stirn. Eine sehr ungeschickte Erfahrung, denn wer würde wohl die alberne Behauptung glauben, daß ein Vertreter des Reiches mit Lubendorff einen Vertrag abgeschlossen hat, der dem General die Freiheit gesichert? Wie und auf Grundlagen an ausländiger Stelle mitgeteilt wird, hat der bisherige sächsische Ministerpräsident keine einzige der ihm in den Mund gelegten Neuheiten gefunden. Vielmehr beschönigte er sich auf die Bedeutung, daß die Rückkehr des Königspringen nach Deutschland kein Aufschwung sei. Stresemann habe blindlings den Befehl eines Monarchen und reichen Industriellen, insbesondere des sächsischen Stützpunktes Arnolds, gehorcht. Noch sei es Zeit, die Regierung zu retten. Die monarchistischen Pläne müßten benutzt werden; denn ihre

zu vereinbaren, die in irgendeinem Ort über den Löhnen irgend einer andern Industrie stehen könnten. Die Zigarettenfabrikanten haben den zweifelhaften Vorschlag, an jedem Ort zu jeder Zeit mit den Löhnen an einer anderen Stelle zu stehen. Nun, wohlan! Wenn die Zigarettenfabrikanten Schandlöhne zahlen wollen, wenn sie glauben die Industrie nur mit halbwertungserhöhten Arbeitern und Arbeitnehmerinnen aufrechtzuhalten zu können, dann mögen sie das mit ihrem Gewissen abmachen. Sie sollen sich aber nicht rühmen dürfen, daß mit Zustimmung von Arbeitgebervertretern getan zu haben.“

Der Tabakarbeiter-Berband hat daraufhin die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuss Groß-Berlin unterbreitet, wo eine Verhandlung am 26. November stattfand. Die Unternehmern haben diesen Verhandlungen fern. Der Schlichtungsausschuss füllte ein stimmig einen Schiedspruch, der um rund 25 Prozent über den zweiten Vorschlag der Zigarettenfabrikanten hinausging. Dieser Schiedspruch wurde vom Tabakarbeiter-Berband angenommen, von den Zigarettenfabrikanten abgelehnt. Der Tabakarbeiter-Berband beantragte deshalb beim Reichsarbeitsministerium die Rechtsverbindlichkeit des Berliner Schiedspruchs. Das Reichsarbeitsministerium hatte daraufhin am 4. Dezember nach Berlin eine Sitzung einberufen und die städtischen Vertreter geladen. Auch hier kam es zu keiner Einigung, da die Arbeitgeber an ihrem alten Vorschlag festhielten und nur einen vorübergehenden, ablauffähigen 10prozentigen Entwicklungszuschlag zugestehen wollten, womit sich selbstverständlich die Arbeitnehmer nicht einverstanden erklären konnten.

Angewiesen hatte der Reichsverband deutscher Zigarettenhersteller seinen sämtlichen Mitgliedsfirmen Anweisung gegeben, bei den Lohnverhandlungen den Berliner Schiedspruch nicht zu befolgen und nur im Sinne des zweiten Vorschlags der Arbeitgeber zu zahlen. Die Wirkung der Verdienstmöglichkeit demnach wäre bei Durchschnitts-Arbeiterlöhnen in der 48-stündigen Woche:

nach dem 2. Vorschlag nach dem Berliner		Schiedspruch	
d. Zigarettenfabrikanten		d. Zigarettenfabrikanten	Schiedspruch
• Zigarettenrolle .	18—17 M.	17—21 M.	
• Zigarettenwiedelmaschine .	10—14 "	15—19 "	
• Zigarettenzündmaschine .	7—11 "	11—15 "	
• männl. Lohnarbeiter .	5—8 "	8—11 "	
• weibl. Lohnarbeiter .	bis 15,80	bis 19,90	
	bis 10 "	bis 12,90	

Mit einer Lohnregelung nach dem Berliner Schiedspruch würden annähernd die Verdienste erreicht werden können, wie sie in die Regelung für die Dresden Zigarettenfabrikanten standen. Auch hier kam es zu keiner Einigung, da die Arbeitgeber an ihrem alten Vorschlag festhielten und nur einen vorübergehenden, ablauffähigen 10prozentigen Entwicklungszuschlag zugestehen wollten, womit sich selbstverständlich die Arbeitnehmer nicht einverstanden erklären konnten.

Die Zigarettenfabrikanten begründen ihr Verhalten damit, daß die Rentenentwertung vor der Inflation geführt werden müsse. Dabei nehmen die Fabrikanten diese Rücksicht bei der Feststellung der Verkaufspreise nicht, denn die Zigarettenpreise sind durchweg noch um das zweieinhalbfache höher wie die Fleischpreise. Die Arbeitgeber der Zigarettenindustrie scheuen sich nicht, die furchtbare Not der Tabakarbeiter, welche jahrelang arbeitslos waren oder jedenfalls nur vorübergehende Kurzarbeit leisten konnten, für sich in der schändlichen Art und Weise auszunutzen. In Dresden gibt es eine Anzahl namhafter Firmen, die bisher monatelang ihre Betriebe geschlossen hatten oder nur ganz geringfügig arbeiten ließen, die nun plötzlich die Fabrikation wieder aufgenommen haben. Eine der Hauptfakturanten dafür ist der fürstlich niedrige Lohn der für diese Fabrik einen willkommenen Anreiz bildet, die Gelegenheit sich auszunutzen. Dazu ist das Reichsarbeitsministerium den Zigarettenfabrikanten noch willkfäig, indem es den Antrag, den einstimmig gefassten Berliner Schiedspruch für rechtswirksam zu erklären abgelehnt hat. Das Reichsarbeitsministerium scheint sich zu sehr als Reichsarbeitgeberministerium zu fühlen, sonst könnte man einen solchen Standpunkt einfach nicht verstehen. Die Offenheitlichkeit mag von dieser Schlagseite Kenntnis nehmen, die Zigarettenherstellerfamilie jedoch wird das menschfreudliche Verhalten der Zigarettenfabrikanten nicht verbergen. Es kommen auch mal wieder andre Seiten.

Die Sektionsleitungen der Zigarettenbranche, Dresden.

Unregelmäßige Lohn- und Gehaltszahlung

Reuerbung besteht seitens der Metallindustriellen die Absicht, die Angestellten nur noch per 1. und 15. eines Monats auszuzahlen. In der Angestelltenfamilie erhebt sich hiergegen scharfes Protest. Besonders berücksichtigt sind die Unternehmer in der Metallindustrie des Dresdner Bezirks. Und unter diesen Firmen wiederum ist es die Weltfirma Höntsch u. Co. Heute liegt ein Antrag dieser Firmen an ihren zuständigen Beamtenausschuss vom 11. Dezember 1923 vor, in dem die sofortige Abhaltung einer Betriebsversammlung gefordert wird, die als Nachdruck für die zur Gemobheit gemordete Täumigkeit in der Lohn- und Gehaltszahlung gelten soll. Es ist nun allerdings zu seiner Betriebsversammlung gekommen, denn die Firma hat vorher schon, also am Dienstag abends, die ohnedies mageren Wochenlöhne, wenn auch nicht an sämtliche Teamie ausgezahlt. Wer aber geglaubt hätte, daß dieses ewige Hin- und Herzogen der Beamten die Firma zur Einsicht gebracht hätte, der irr. Am Sonnabend vermittegte die Belegschaft dasselbe Schauspiel, und so wird es wohl weitergehen bis die Firma durch das Reichsarbeitsministerium zu einer pünktlichen Entzierung gezwungen wird. Die gesamte Arbeiterschaft hat genau so darunter zu leiden. Der Inhaber der Firma beruft sich zwar stets darauf, daß er kein Geld habe, aber die umfangreichen Neubauten und Erweiterungen der Fabrik-Anlagen zwingen eine ganz andre Sprache. Ebenso die umfangreichen Maschinenlieferungen nach Jugoslawien und nach anderes.

Zentralverband der Angestellten. Die geforderten Angestellten des Konsumvereins Vorwörts werden nochmals auf den morgen Dienstag den 18. Dezember, vorw. 9 Uhr, vor dem Schließungssitzung anstehenden Termin außerordentlich gemacht. Eine Weihenfeier der Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten findet morgen Dienstag, abends 7½ Uhr, im Saale von Stadt Petersburg, hinter der Frauenkirche, statt.

Aus aller Welt

Die Attentäter von Münster verhaftet

Münster, 14. Dezember. (Sig. Drabbericht.) Endlich ist es gelungen, zwei der Täter habhaft zu machen, die seinerzeit den Anschlag gegen das Nebrikts- und Druckereigebäude des hiesigen Volkswillen unternommen haben. In Münster sind zwei junge Leute, ein Student und ein Buchdrucker, wegen Teilnahme an diesem Attentat festgenommen und nach Münster überführt worden. Sie sind beide geständig.

Lebendig verbrannt

Vor dem Königberger Schirurgieghalt hatten sich wegen Morde an dem Bäcker Gramkiel und wegen Raubes in das Kronen Juveliergeschäft der Bäcker Gustav Besemer und der Juwelier Albert Passarge zu verantworten. Beide hatten sich unter einem Vorwand Eingang in das Juveliergeschäft verschafft, dort mit dem Bäcker einen Begegnung veranstaltet und ihn niedergeschlagen. Der Bäcker wurde dann gefesselt, mit Alkohol übergossen und der Täter dann angezündet. Durch das Feuer wurde fast vollständig zerstört, daß Gramkiel in Folge der Entzündung des Alkohols erstickt war. Die Angeklagten waren im meistlichen gejagt und wurden wegen Staatenmordes zum Tode verurteilt.

Befreiung Schlemmer

Münster, 18. Dezember. Auf Grund der scharfen Verordnung des Generalkommissars gegen Schlemmer hat die Münchner Polizeidirektion eine Gesellschaft Berliner Herren und zwei Zeit in Münster aufzuhaltende Tänzerinnen verhaftet, die einen Automobilauflauf in das Hotel mit einem Sitzgelage für 700 Goldmark abgeschlossen hatten. Die beiden Tänzerinnen wurden am nächsten Tage zur Ausübung ihres Berufes wieder aus dem Polizeirevier entlassen, die Berliner Herren dagegen in Haft behalten. Die Berliner haben sich nun, um wieder frei zu können, noch ein wichtiger Haft zur Zahlung einer Geldbuße von 8000 Goldmark bereitgelegt, die von der Gattin des einen Teilnehmers persönlich nach Münster gebracht und auf der Polizeidirektion eingezahlt wurden. Die Berliner wurden darauf freigelassen.

Rätselhafter Todesfall. In Leipzig wurde im Hof eines Grundstücks die Ehefrau eines dort wohnenden Rangiermeisters tot aufgefunden. Man vermutet, daß sie verhöhlich aus dem Fenster ihrer im zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung in den Hof hinabgestürzt ist und dabei sofort den Tod gefunden hat. Räuberwohner des Hauses haben von dem tragischen Vorfall nichts bemerkt.

Eine neue und weite Strafe für Bucherer und Schleifer führt Bayern ein: die Wohnungsbewilligungnahme. Der Generalstaatsanwalt hat den Polizeidirektor eine Anordnung gerichtet, wonach Personen, die sich erbärdliche Verhöllungen gegen wirtschaftliche Auswirkungen aufzuhallen kommen, dem Generalstaatsanwalt persönlich verhören zu lassen, damit die Bewilligungnahme ihrer Wohnung angeordnet werden kann, weil in Beeten befindender Wohnungsbau die Entzierung der Wohnungen vielleicht mehr gefürchtet wird als die Verhöllung einer Kreisheitsstraße. Die Polizeibehörden sind beauftragt worden, gegen Personen, die mühselig erzielte Gewinne vertragen und die trotz der Verwarnung ihr mühselig empfundenes Treiben fortsetzen, den Antrag auf Verhöllung der Schuhfass an die Präsidien der Kreisregierungen zu stellen.

Alten lieben Verwandten und Bekannten
Herzlichen die idyllische Weihnacht, doch am
Sonntagnachmittag, tritt's über unter lieber, außer-
treulicher Vater, Schwieger- u. Großvater
Herr Rudolf Scheurich

noch gut überstandener Operation im Alter
von 6 Jahren zölliger und unermüdet läuft
wiederher ist. Er folgte nach fünf Monaten
anderer lieben, guten, unvergesslichen Mutter
in die Welt nach. Die lieben Schwestern:
Dresden - R. Friedensstraße 31.
Die treuen Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch den
19. Dezember, nachm. 3 Uhr, auf dem Dresdner
Neustädter Friedhof statt. [1528]

Am 12. Dezember verschied nach Mangeram, schwerem Leid, unser treuer Mit-
arbeiter, der Pianoforteschüler

Herr Hermann Streller

Mühselig, unter Überwindung seines kranken Zustandes war er so lange auf
seinem Posten, bis ihn seine Kraft verließ.
In dankbarer Anerkennung werden wir dem Entschlafenen ein dauerndes, ehrendes
Andenken bewahren.

Urbas & Reißhauer, Hofpianoforte-Fabrik, Dresden-Cotta.

Maschinen-Fabrik Kantine

on erf. gefüllt. u. füllt. Frau. Kantine-Inventor für
60-100 Mann erforderlich. Angebote u. R. G. 19

an die Erwerbung dieses Platzes erbeten. [1528]

Widlich guter
Maschinenschmied
für größere Arbeit in dauernde Beschäfti-
gung sofort gute Bezahlung
sofort gesucht.

Maschinen-Werke Gubisch A.G.
Spatzfabrik für Sägesägen
Liegnitz 1. Sohl.

[1528]

Soeben erschien:

Die Schaffende Frau

Zeitung für soziale Fragen, Völkerkundl., Er-
ziehung, Schul- und Frauenfragen, Woden neue
Richtung, Schiedsgericht, Handwerker.

Mr. 40. Preis mit Schnittmusterbogen 60 Pf.

zu haben in der

Volksbuchhandlung
und bei allen Kolporteurs und Auslegerläden
der Volkszeitung und den Filialen.

Eljon-Zigaretten

neue Qualitäten — jetzt preiswert
Oriental. Zig.-Industrie „Eljon“

Berlin.

Großlager: Dresden, Meißnerstr. 32. Tel. 11621.
Geschäftsrat von 9-12 Uhr. [1528]

Märchen von Robert Gröschl:

Zauberer Burufu

Preis: 1.- Mark.

Muz der Riese

Preis: 1.50 Mark.

Für Kinder spannende Märchen
Für Erwachsene soziale Erzählungen

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und deren Filialen.

Passende Weihnachts-Geschenke
Schale und Wilzen, Taschenbücher, Damens- und
Hinterkleider, Hoden von 90 Pf. an. Kinder-
Hinterkleider für jedes Alter, Herrenbekleidung und
Geflechter, Reformhosen, Arbeitskleider, alles
nur gute Ware, bei

G. Ullmann, Dr. Collof, Ritterstr. 8, Tel. 1.
Rein Laden, daher billige Preise. [1528]

Metalle

Kupfer
Messer, Edelstahl, Zink,
Zink, Blei, Zinn, Antikzink,
Kupfer, Messing und Rot-
gussguß kann laufend

Bernhard Graf, Dresdnerstr. 2,
an der Arealstr. Tel. 1726.

12 Gold-
Pfennige



Originalgröße

Originalgröße

1528

Schäferbe

100 Gold-
mark
neben Central-Theater

Felle

jeder Art kaufen für
eine Dokumentation

Max Gröger

Döbelnstrasse 12.
Tel. 1836. [1528]

Billige Zähne Plombe

Annenstr. 23/25
im Armenthof

Karl Winkler

Strasse 10/12
Dresden

1528

Originalgröße

Sachsen

Auf Anordnung von Berlin

Das Wehrkreiskommando teilt mit: Von bejedne Seiten sind an das Wehrkreiskommando gegen die Auslegung der Verordnung vom 12. Dezember 1923 über verbotene Wahlkästen Anfragen ergangen. Hierzu ist zunächst folgendes zu bemerken:

Diese Verordnung beruht auf einer an das Wehrkreiskommando ergangenen Verfügung des obersten Militärbefehlshabers in Berlin vom 7. Dezember 1923. Darin ist gefasst: Die Aufstellung von Wahlkästen einer Partei ist ohne die Tätigkeit einer parteipolitischen Organisation nicht möglich; sie würde also eine Belästigung verbotener Organisationen darstellen und ist demnach verboten. Dieser Weisung und Auslegung entspricht die Verordnung des Militärbefehlshabers im Wehrkreis IV vom 12. Dezember 1923. Danach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Einrichtung von Wahlkästen der von dem Verbot vom 20. November 1923 und 11. Dezember 1923 betroffenen Parteien in jede Form ungültig ist, mögen sie sich äußerlich als Wahlkästen bestimmter Parteien darstellen oder nicht. Entscheidend steht, ob es sich tatsächlich um die Wahlkästen solcher verbotener Organisationen handelt.

Dass das Vorgehen des Wehrkreiskommandos auf Anordnung der Berliner Heeresleitung erfolgt ist, ändert nichts daran, daß es verfassungswidrig ist.

Der Angriff auf das Wahlrecht

Die Volksliche Zeitung bringt eine Meldung, die den Antrag des Wehrkreiskommandos IV auf das Wahlrecht, der in den Berichten der Wahlvorstände der verbotenen Parteien für die Gemeindewahlwahlen liegt, durch den Reichsjustizrat bestätigt soll, die sächsische Regierung als die eigentliche Verantwortliche dieser Maßregel hinzustellen. Von „unterrichteter Seite“ ist danach der Rat erläutert worden, die sächsische Regierung habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Auslegung von Wahlkästen der von ihr verbotenen Nationalsozialistischen Partei unter keinen Umständen gebürtig werden soll. Der Militärbefehlshaber habe sich daraufhin entschlossen, ein Verbot gegen die Auslegung von Gemeindewahlkästen für alle in Sachsen verbotenen Parteien gleichmäßig zu erlassen.

Die „unterrichtete Seite“ hat hier die absolute Unwahrheit bereichert. Die sächsische Regierung hat niemals auch nur daran gedacht, die Einrichtung von Wahlkästen der Nationalsozialisten zu verbieten. Die Unwahrheit der „unterrichteten Seite“ ist nichts weiter als ein völlig verschleierte Versuch, den verfassungswidrigen Angriff des Wehrkreiskommandos IV auf das Wahlrecht durch eine obwohl falsche Bezeichnung der sächsischen Regierung zu bestimmen.

Gemeindeverordnetenwahlen

Anlässlich der Gemeindeverordnetenwahlen sind mehrfach Zweifel darüber aufgetaucht, ob die nach § 18 der Gemeindewahlordnung einzureichenden Wahlvorschläge mit Rücksicht darauf, daß der 21. Tag vor der Wahl ein Sonntag ist, auch noch am Montag, also dem 20. Tage vor der Wahl, eingereicht werden dürfen. Diese Frage ist zu verneinen. Wenn der Gesetzgeber als Wahltag in § 28 der Gemeindeordnung vom 1. August 1923 jeweils den 8. Sonntag des November bestimmt und in § 8 der Gemeindewahlordnung vorschreibt, daß die Wahlvorstände bis zum 21. Tage vor dem Wahltag einzureichen sind, also als letzten Tag der Einreichungsfrist wieder einen Sonntag festlegt, so bringt er damit bewußt und unabsichtlich zum Ausdruck, daß sie zu diesem Sonntag und nicht später Wahlvorschläge abgeben werden können. Die Bestimmung in § 18 des VOZ, wonach dann, wenn innerhalb einer Frist eine Willenserklärung abzugeben ist und der letzte Tag der Frist auf einen Sonntag fällt, am Einstieg eines am Samstag stattlich anerkannten Feiertags fällt, an Stelle des Sonn- oder Feiertags der nächstfolgende Werktag tritt, kann auf den vorliegenden Fall schon nur deswegen keine Anwendung erleben, weil es sich hier um einen einstimmig allgemein feststehenden und als solchen bestimmt geblieben bestimmten Tag handelt. Aus dem gleichen Grunde müssen Verbindungsberichtigungen von Wahlvorschlägen beim Wahlleiter spätestens am 7. Tage und nicht erst am 8. Tage vor dem Wahltag eingehen.

Pläzzliche Unbildungskunst

In unserem Freiburger Parteiblatt lesen wir: „Es muß sehr kostet um die geistige Anziehungskraft der Kirche bestellt sein. Denn sie legt jetzt bereits ihren Rücken den Menschenbildung in Hochschulen auf; kommt er diesem Teil des Hochvertrages nicht nach, so wird ihm das Land gefüllt. Das Pfarramt Gauernitz-Constance hat folgenden Paragraphen in seinen Hochschulungen: § 16. Teilhaber an der Fack von Pfarrfeld können nur solche Angehörige der evangelisch-lutherischen Kirche sein, die sich zu Wort und Sakrament halten, so daß deren Abschöpfung auch den Gott aufhebt.“ Zur Erläuterung dieses Paragraphen hat der Pfarrer den nächsten folgenden Schluß gesetzt: „Gemäß § 16 werden nach Jahresfrist diejenigen Wächter gestrichen und ihr Nachlass weitergegeben, die sich nicht für eine Abendmahlfeier im Laufe des Jahres entschieden haben.“

Wolfsblut

Von Jack London

Das Wöllein sah von dem Kampfe nur wenig. Klein es hörte furchtlos knurrn, fauchen und freitzen. Die beiden Tiere bieben auseinander los, die Käuze, indem sie mit den Krallen riss und kratzte und auch die Zähne gebrauchte, während die Wölfin nur diese als Waffe besaß. Einmal sprang das Wöllein zu und bis der Luchs in eines der Hinterbeine. Es hielt fest und knurrte wütend. Ohne doch es das wusste, schwante das Gewicht seines Körpers die Bewegung des Beines, und es ersparte dadurch der Mutter manche Wunde. Bei einer Wendung des Kampfes jedoch kam es unter die beiden kämpfenden und ließ das Bein fahren. Einen Augenblick später trennten sich die beiden Feinde, und bevor sie von neuem auseinander stoben wollten, versetzte die Luchs dem Wöllein einen Schlag mit der Vorderpfote, riß ihm die Schulter bis zum Knoden auf und schleuberte es an die Wand. Nun machte sich auch sein gellendes Schmerzensschrei in den Hören, aber das Wöllein hatte Zeit, sich auszuheulen und noch einmal mutig einzugreifen, indem es wiederum die Luchs bei einem Hinterbein packte und zornig knurrend es festhielt, bis der Kampf zu Ende war.

Never war die Luchs endlich tot, aber auch die Wölfin war sehr wund und franz. Sie liebkoste ihr Junges und leckte ihm die wunde Schulter, aber der große Aufverlust hatte die Lehr leicht gemacht, und einen Tag und eine Nacht lag sie bewegungslos und kaum atmend neben der toten Feindin. Zwei Tage lang verließ sie die Höhle nur, um zu trinken, und dennoch noch waren ihre Bewegungen langsam und matt. In dieser Zeit wurde der tote Feind verzehrt, und die Wunden der Wölfin heilten wieder so weit, daß sie auf Raub ausgehen konnten.

Eine Zeitlang blieb die Schäler des Wölleins nach dem tödlichen Schlag, den es erhalten hatte, steif und tot sehr lange, und es hinkte beim Gehen. Aber die Welt hatte sich seitdem für ihn verändert. Es schritt mit erhöhter Zuversicht sicher, es fühlte sich als Held. Das Leben hatte sich ihm von

Es liegt hier leicht lagern, einen solchen Hochvertrag braucht ein wahrscheinlicher Mensch nicht einzugehen. Wer aber die Verhältnisse in den Gemeinden kennt, weiß, daß die Kirche oft die einzige Sache ist, die Land an Kleindörfer zu vergeben hat. Um ein Stückchen Land werden die Leute deshalb zur Heuchelei angewungen. Es wird Sache des Hochvertrages sein, die Frage zu prüfen, ob dieser Hochvertrag nicht gegen die guten Sitten verstoßt, und ob aus derartigen Gründen der Hochvertrag aufgehoben werden darf. Nach der Hochschulordnung darf ein Hochvertrag nur aufgehoben werden, wenn der Verdacht wissenschaftlich geschieden wird. Im übrigen: Blinder Eifer schadet nur Unabhängigen wird sich die Kirche durch solchen Belohnungssicherung sicher nicht schaffen.

Ruhesstandssbezüge

Den in Wartegeld und Ruhestand befindlichen sächsischen Beamten, Geistlichen und Schreibern, sowie deren Hinterbliebenen ist vorbehaltlich späterer endgültiger Regelung ein Abschlag auf die Versorgungsgebühren für die zweite Dezemberhälfte zur Zahlung in Rentenmark durch die Postanstalten ab 17. Dezember angewiesen. Der Papiermarktarbeitspreis für die Zahlung entspricht etwa dem vierfachen Betrage der zuletzt angewiesenen Gebührensteile oder dem doppelten Betrage der Versorgungsgebühren für das 8. und 4. Novemberdrittel. Für die Umrechnung der Versorgungsgebühren ist der Umrechnungsfaktor eine Million für eine Goldmark, zu dem die Zahlungsmittel zur Überweiterung der Versorgungsgebühren beschafft worden sind, mohrend. Die Arbeiten zur Neufeststellung der Versorgungsgebühren in Goldmark mit Wirkung ab 1. Dezember sind in vollem Gange. Die hierauf zustehenden Mehrbeläge an Versorgungsgebühren für Dezember werden Ende Dezember in Verbindung mit den Gebühren für Januar zur Zahlung durch die Postanstalten angewiesen werden.

Bei der Mobilisierbarstellung der Sächsischen Landesbrandversicherungsanstalt ist seit 1. Dezember 1923 für die Strand- und Einbruchschichtabfertigung von Haushaltungen die „Versicherung auf erste Gefahr“ in verständiger Form eingeführt, so daß auch den minderbestimmten Teilen des sächsischen Volkes die Möglichkeit gegeben wird, ihr häusliches Mobiliar zeitgemäß zu versichern. Durch die Einführung dieser Neuerung kann ein Versicherungsbüro bereits gegen Zahlung von 1.80 Rentenmark einschließlich Reichspfennig für einen etwaigen Brandfall mit 500 Rentenmark Entschädigungssumme eindeden. Die Unterversicherung, die bei dem früheren Verfahren der Volkstransportversicherung recht oft als darüber empfundene wurde und durch die sehr häufig bei der Schadensentstehung Veränderungen eintrat, ist bei der „Versicherung auf erste Gefahr“ ausgeschaltet. Jeder rechtmäßige Schaden wird bis zur vollen Höhe der Versicherungssumme (Schadenmaximum) ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Gesamtwert des verschädigten Haushalts am Tage des Schadensfalls vergütet.

Nährte Auskünfte ertheilen lassenlos die zumeist durch Schild kennstollenden Geschäftsräume der Anhalt, die städtischen Brandversicherungsgesellschaften für Mobilisierbarstellung in Bauern, Chemnitz, Leipzig und Dresden sowie die Sächsische Brandversicherungskammer, Abteilung für Mobilisierbar-Brandversicherung, Dresden-N. 6, Wilmersdorf 2 a.

Dresdner Chronik

Die schöne Groß-Stadt

Im neuesten Heft der von Alexander Koch in Darmstadt herausgegebenen Zeitschrift „Kunst und Dekoration“ plaudert Arthur Roehler: „Von der Schönheit der modernen Groß-Stadt!“ Allgemeinwitz ist die Schönheit im Leben. Auf dem Meere und im Gebirge, in den Wäldern und auf den Feldern, in der Weite der Steppen und der Enge der Flusstäler ist sie jedoch nicht mehr, nur anders als in den Städten mit den Palästen und Domänen, Speichern, Fabriken und Bahnhöfen; man muß die Schönheit nur zu lehnen wissen, um es als unbereitbare Tatsache zu erkennen, daß auch die riesigen Weltstädte der neuzeitlichen Civilisation ihre erlebten Stunden ungewöhnlicher Schönheit haben.

Schön ist es, wenn die Kohlenrauchbauten und benzin-dampfsblauen wie die Schwefelgelben und die wasserwirken Abendnebel sich verschleiernd über eine Großstadt breiten und die zuvor als hässlich empfundenen, formenfahlen Rutschbauten, die breit hingelagerten Schuppen und die hochragenden Speicher, die labilen Kästen und die nüchternen Bürohausfronten weichwollend umhüllen und die hohen Fabrikshallen in blanke Kompanie und Minarette verwandeln.

Schön ist es, wenn die Warenhäuser und Amtsgebäude für das Auge zu lächelnden Märchenlöschern und die aus dünnen Eisenketten geschniedeten Brücken zu gierlichsten Gelbstinen werden, die in anmutig frastvollem Säkulum über dunkel liegenden, von tausenden Lichtreflexen flimmernd überprenkelten Wasserläufen hängen.

Schön ist es, wenn zahllose Lichterschneisen, gleich magisch leuchtenden Perlenketten, am Leib der sonst verbunten Stadt funfeln und identisch die silgenden Wanderer in den Straßenabgründen aus grellen Lichtsegeln in weichbunles Schatten gewirkt machen.

Schön ist die moderne Großstadt in den Abendstunden, in denen die Natur über die Künstlichkeit der Menschen mit

einer wilderen Seite gezeigt, es hatte gekämpft, die Zähne im Fleisch des Feindes gelagert und war am Leben geblieben. Drum trat es kühner und trocken auf, und kleinere Geschöpfe jagten ihm keine Furcht mehr ein. Seine Schönheit war verschwunden, wenn auch das Unbekannte ihm immer noch geheimnisvolle Schrecken einflößte.

Horton begleitete es die Mutter auf ihren Streifzügen, und es lag nicht nur, wie Deute gemacht wurde, sondern spielte dabei auch eine Rolle. So lernte es in seiner Weise das Recht auf Fleisch kennen. Es gab zwei Arten von Leben, das eigne, das auch die Mutter einschloß, und das der andern. Dies umloste all die Geschöpfe, die entweder von ihm und den Geinen getötet und gefressen wurden, oder die ihn töten und fressen würden, wenn sie es könnten. Hätte das Wöllein nach Menschenweise überlegt, so hätte es das Leben als eine geistige Gier bezeichnet und die Welt als einen Ort, worin zahllose übrige Begierden herrschten, die sich verfolgten, sich jagten, sich gegenseitig vernichteten, all das wirt und blind, gewaltätig und ohne Ordnung, ein wildes Durcheinander, gelenkt nur vom Instinkt, untermbergig, plan- und endlos.

Aber das Wöllein sah die Dinge nicht von so hohem Standpunkte an. Es hatte nur den einen Gedanken, die eine Begier. Außer dem einen Gedanken, die eine Begier. Waren sie doch eine Heilung des Lebens, das glücklich ist, wenn es sich befähigt. So war das Wöljunge mit der ihm feindlichen Umgebung nicht unzufrieden, denn es lebte ja, war glücklich und sehr stolz auf sich selber.

Und es gab auch Erleichterung und Zufriedenheit. Mit vollem Mogen saß in der Sonne zu dösen, das war voller Erfolg für Arbeit und Mühe, während diese Mühe und Arbeit ihre Belohnung in sich selbst fanden. Waren sie doch eine Heilung des Lebens, das glücklich ist, wenn es sich befähigt. So war das Wöljunge mit der ihm feindlichen Umgebung nicht unzufrieden, denn es lebte ja, war glücklich und sehr stolz auf sich selber.

Unsere Gewalt unabwärthbar siegt und den vielfältigen Widerstreit, der in dem ungeheuren architektonischen Nebenbefolter unaufhaltsam trubelt, zusammenfassend zu einem großen Einfluss übereinstimmt. Schön sind die stillen Stunden der vor traumhaften Täufeln und Tönen durchdrungenen abendlichen Stadt, in denen wir uns zu unsern Freunden gesellen, um an ihren Erfahrungen unser Gespräch vom Leben zu bereichern. Im lichtdurchströmten Dunkel dieser Stunden werden wir empfänglich für das geheimnisvolle Wollen kaum gespannt, innig geahnt, Kräfte in den Werken der Kunst, die den Ton in der Melodie, die Melodie in der Musik, den Klang und Rhythmus in Vers und Prosa, die Linien und Masse in der Architektur. Wir wünschen, unser Gemüt stark bewegt zu fühlen, und entwilden, begünstigt durch die Stunde, geistige Aufnahmefähigkeit für die mannigfachen Auswirkungen der Schönheit, die allgemeinwitzig ist im Leben, die nur nicht allgemein erkannt wird.

Ludendorff klagt

Justizrat Dr. Medina, Dresden, lädt durch den Telusion-Sachsendienst folgende Zuschrift verbreiten:

„Im Auftrage Seiner Exzellenz des Herrn General d. R. a. D. Ludendorff in München erlaube ich mir folgendes mitzuteilen: In der Dresdner Volkszeitung Nr. 265 vom 14. November 1923 findet sich unter der Überschrift: „Wie Ludendorff verhaftet wurde“ ein Artikel, in dem der Wachtmeister zuweilen das Verhalten des Herrn General Ludendorff in der Feldherenhalle in München am 9. November mittags in ehrenhafter Weise herabgesetzt wird. Es wird darin behauptet, General Ludendorff habe sich, sowie der erste Schuh gel. sofort auf den Boden geworfen und sei unbeweglich liegen geblieben, als seine Leute bereits die Flucht ergriffen hätten. Ich habe in Vollmacht des Herrn General Ludendorff gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. Sach der Dresden Volkszeitung Strafantrag wegen Beleidigung gestellt und Privatallage erhoben. . . . Ludendorff ist an der Spitze des Demonstrationstagmarsches marschiert, er schreit durch die feuern Linien hindurch und wurde erst etwa 150 Schritte dahinter festgenommen. Er blieb wie durch ein Wunder unversehrt.“

Was war bisher von der Klage Ludendorffs gegen uns noch nichts bekannt. Aber wir denken, daß wir aus diesem Prozeß in unterschätzt herausgehen werden wie Ludendorff aus dem Augenregen, ohne daß ein Wunder nötig ist.

Kurzarbeiter- und Mäuseger-Unterstützung

Die Unterstützungsätze für Ausländer betragen:

	In der Woche vom 8. bis 12. 1923	ab 10. 12. 28
1. für männliche Personen:	Marken 10.	Marken 20.
a) über 21 Jahre	625	700
b) unter 21 Jahren	375	420
2. für weibliche Personen:		
a) über 21 Jahre	405	500
b) unter 21 Jahren	290	350
3. als Familiengeschäfte für		
a) den Chegatten	160	190
b) die Kinder und sonstige unter- stüzungsberechtigte Angehörige	120	140

Diese Unterstützungsätze sind auch bei der Beurteilung der Beschäftigung der Kurzarbeiter zugrunde zu legen.

Die Familiengeschäfte (vorstehende Nr. 3) dürfen insgesamt die Hauptunterstützung (entsprechend Nr. 1 und 2) nicht übersteigen.

Der Arbeitsmarkt in Dresden zeigt nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachwuchses Dresden und Umgegend für die Woche vom 8. bis 14. Dezember 1923 ein weiteres Nachlassen der Neumeldungen von Arbeitssuchenden. In größtem Umfang als bisher meldeten sich Schwedelose wieder in ihre alte Arbeitsstelle ab. Die eigentliche Vermittlungstätigkeit hat jedoch erst ganz schwach wieder eingesetzt. Das Weihnachtsgeschäft hat bisher lediglich in der Südwärmerei und im Südergewerbe einige offene Stellen gebracht. Die Zigarettenindustrie hat die fürstlich eingestellten Ausflugsstätten zum Teil schon wieder abgeschlossen. Die Zuweisung von Pflichtarbeit hat in geringem Umfang eingesetzt. Vor allem ermöglicht das Herausheben der Zahl der Arbeitsstunden, daß ein großer Kreis Gewerbesucher herangezogen wird. Erfreulicherweise haben auch für Kapitaine eine größere Zahl von Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung, so daß alle Gewerbesucher in gleicher Weise Pflichtarbeit leisten können.

Gemeindeverordnetenwahlen. Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern sind die ursprünglich auf den 18. November 1923 abzuhaltenden Wahlen der Gemeindeverordneten auf den 18. Januar 1924 verlegt worden. Für die Stadt Dresden sind auf Grund der Gemeindeverordnung 75 Gemeindeverordnete zu wählen. Die Wählerlisten liegen bis mit Sonntag den 23. Dezember, vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr, zur Einsicht aus. Die Auszüge sind an den häuslichen Anschlagtafeln zu erscheinen. Nur die Personen können wählen, die in den Listen eingetragen

Die Feuermauer

Ganz plötzlich machte das Wöllein eine neue Entdeckung. Es war einst ganz sorglos aus der Höhle zum Dach hinuntergegangen, um zu trinken, vielleicht war es noch schlaftrunken, denn es war die ganze Nacht auf Raub ausgewichen und eben erst aufgewacht; auch hatte es den Weg zum Dach so oft gemacht, daß es denselben genau kannte, und niemals was ihm dort irgendetwas passiert. So war es an der umgezäunten Tonne vorbeigekommen, dann quer über den freien Platz und unter die Bäume getrabt. Dann witterte und erfuhr es das Neue im nämlichen Augenblick. Vor ihm auf der Erde lagen fünf lebende Wesen, wie es ähnlich nie im Leben gesehen hatte. Es waren die ersten Menschen, die es erblickte. Die Fünfe brachten jedoch bei seiner Annäherung nicht auf

findet, deshalb sehr möglichst jeder Wähler die Stelle ein oder lasse sie einnehmen. Die bereits eingereichte Wahlvorschläge behalten ihre Gültigkeit, soweit sie nicht durch eine von der Mehrheit der Untersuchter eingerichtete Täterschaft zurückgezogen werden und somit sie nicht auf Grund einer Verfügung des Wahlurteilsbehälters des IV. Wochtkreises zurückgegeben worden sind. Neue Wahlvorschläge sind bis Sonntag den 23. Dezember bei dem Gemeindewahlwähler, Stadtrat Dr. Krumbiegel, Neues Rathaus, An der Kreuzgasse 5, Erdgeschoss, Zimmer 33a, eingureichen. Eine Verbindung von Wahlvorschlägen muss von den Untersuchern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 6. Januar 1924 bei dem Gemeindewahlwähler schriftlich erläutert werden.

Die gemeinsame Liste der Bürgerlichen wird zunächst einmal dementiert. Es heißt, daß die in Frage kommenden Instanzen Gedanken bisher keineswegs ihre Zustimmung erzielt haben. Insbesondere habe die Deutschnationale Volkspartei bisher eine Haltung eingenommen, die eine praktische Verwirklichung einer solchen gemeinschaftlichen Liste nicht zulassen würde. Die zuständigen Instanzen der Demokratischen Partei hätten zu dieser Frage überhaupt noch nicht Stellung genommen.

Weihnachts- und Neujahrsverleih auf der Eisenbahn. Aus Anlaß des Weihnachts- und Neujahrsfestes gelten die vom Sonnabend den 22. d. M. mittags gelösten Sonntags-Täuferscharten bis zum Mittwoch den 26. d. M. und die vom Sonnabend den 29. d. M. an gelösten bis zum 1. Januar 1924.

Der Elternrat der 35. Volksschule hat folgende Entschließung angenommen: "Der Elternrat der 35. Volksschule in Dresden hält es für seine Pflicht, als Elternvertreter, vor den gesetzten Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Schule nachdrücklich zu warnen. Er ist durchdrungen von der Einsicht in die Notwendigkeit, zu sparen. Doch steht er in dem vorgesehenen Lehrerinnen eine Herausbildung der Bildungs- und Erziehungs-höhe der Schule und unentbehrlich davon des Volksgenossen in der Zukunft. Es v. d. O. alle Kinder befinden die Volksschule. Die geistige, moralische und wirtschaftliche Zukunftskraft unseres Volkes liegt in unserer Jugend. An ihr zu sparen ist soziale Verfürdigung und politische Kurzfristigkeit. Darum erbittet und erwartet der Elternrat der 35. Volksschule als Vertretung der Gesamtschülerchaft dringend den Schutz der Schule von allen Stellen, die jetzt das Schicksal der Schule und damit des Volkes in seiner Zukunft zu entscheiden haben."

Eine Weihnachtsfeier veranstaltete vergangenen Sonnabend die Ortsgruppe Dresden-N. die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener in Stadt Leipzig. Es war ein fest. Verschwiegener Eifer war Wochenlang am Werke gewesen, hatte sich an Gebe-freudige gewandt, hatte zusammengetragen und für das Gesammelte in der Halle die schwülfenden Empfänger ausgeföhrt. Nun standen im Festsaal vier lange, weißgedeckte Tafeln; darauf lag ein erstaunliches Vieleslei von Geschenken: Spielsachen, Gummileinen, Schulunterschriften, Kleidungsstücke, proste Sacktüten mit Kartoffeln und Mehl, Bäckerei mit Spez und Tafel, runde Weißkohlrüben und manche andre Dinge. Und an die vollen Tafeln wurden 182 Kinder und 52 Erwachsene geführt. Zur Sicherung leuchteten zwei große Christbäume, Spielleute und Kinder musizierten und sangen fröhliche Weihnachtslieder. Schließlich wurden die bescherten Kleinen noch an andern Tafeln mit Stullen und Stoffen bewirtet. Die Ortsgruppe der Reichsvereinigung, die sich auch sonst auf praktischen Helfen versieht, hat mit ihrer Weihnachtsfeierung ein gutes Beispiel gegeben.

Die Watt-Aktiengesellschaft wird Anfang nächsten Jahres eigene Radiovorführungen und Radio-Unterrichtsstunden in ihren Geschäftsräumen Dresden-N. Königstraße 15 (Reußstraße Kino), abhalten. Diese Veranstaltungen finden in kleinem Rahmen statt, so daß Gewähr geboten ist, die Vorführungen einwandfrei durchzuführen. Interessenten werden gebeten, sich in eine bei dem Vertreter der Watt-Aktiengesellschaft, Herrn Walter Hammrich, Parlophonhaus, Wallstraße (Viktoriahaus), ausliegende Liste einzutragen. Die Aufforderung zur Teilnahme an solchen Vorführungen erfolgt schriftlich.

Gebärde. In der Zeit vom 20. November bis 2. Dezember wurde aus einem Schuppen in der Bernhardstraße ein komplettes Aprikolett-Einkönigsgeschäft mit silberplattierteem Beschlag, verziert mit neunziger Sterne, gelblichworfes Sternband mit dergleichen Rosetten, am Baumzeug eine Edelsteinerziehung mit silberplattierteem, verchromtem Monogramm "E. R." gestohlen. — Ferner wurden in der Nacht zum 15. Dezember aus einer Fabrik in Klein mittels Einbruch eine Leitspindeldrehbank mit Zubehör, eine Bohrmühle, ein Teileapparat und zwei Treibzähnen gestohlen. Der Geschädigte hat für Wiedererlangung der Güter hohe Belohnung ausgesetzt. — In der Zeit vom 6. bis 9. Dezember wurde in ein Bandhaus an der Köthenerstraße Str. eingeschoben. Außer Kleidungs- und Wäscheschäden wurden eine silberne Kaffeekanne, eine silberne Sahneschüssel und ein silbernes, ovales, plattes Tortenbrett gestohlen. Zu diesen Fällen bittet die Kriminalpolizei um sachdienliche Mitteilungen.

Aus dem Barteileben

Groß-Dresden

Dienstag, den 18. Dezember, abends 7½ Uhr, im Volkshaus, Saal 2, erster Abend des Barteilagkonzerts über praktisch Kommunalpolitik in Dresden. Thema: 1. Gemeindeversammlung, Nat. Stadtverordnete, Ausschüsse. Referent: Richard Mörsch. 2. Kultur- und Bildungsfragen, Schule und Kirche. Referent: Leopold Döllsch. Soziale Beteiligung der Referenten, Gruppenleiter und aller in der Agitation tätigen Genossen und Genossinnen ist unbedingt erforderlich. Der 2. Abend findet Sonnabend den 22. Dezember im Reußhäuser Jugendheim statt.

Gruppenleiter! Troch mehrfach Mahnung an dieser Stelle haben fogelnde Ortsgruppen den Bogen gegeben über den Mitgliederbestand am 10. Dezember nicht eingefand: Mörschendorf, Weitzig, Reußdorf 1, 2, 4, Striesen 2 und 8, Niederschäßig, Freischä, Gruna.

Erwerbstlose, Kurarbeiter, Ausleger der B. S. D. Mittwoch den 19. Dezember keine Fraktionssammlung. Besuch die Funktionärsversammlung in der Reichskrone!

Gruppenverband Schleife, Stech, Rematz und Umgegend. Mittwoch den 19. Dezember, abends Punkt 7 Uhr, wichtige Versammlungssitzung in der Schule zu Stech. Es ist unbedingt notwendig daß jede Gruppe vertreten ist.

Striesen. Die Gruppe Striesen-Ost der Sozialistischen Arbeiter-Jugend veranstaltet am Mittwoch den 18. Dezember, abends 7 Uhr, Einlaß 6 Uhr, in der Turnhalle der 35. Volksschule, Guts-Müller-Straße, ihre diesjährige Weihnachtsfeier, bestehend in Rezitationen, Feuerspielen, Musik- und Gesangsdarbietungen, zu der sie hiermit die Barteilgenossen und -genossinnen, besonders mit ihren Kindern freudlich einladen.

Jungsozialisten Lößnitz und Plauen: Dienstag, 18. Dezember, 7 Uhr, Jahreskauptversammlung. Jedes Mitglied ist zum Er scheinen verpflichtet. Berichte. Wahl der neuen Verwaltung. Wünsche der Mitglieder. Neues Programm. Die Barteil- und Jugendgenossen sind willkommen.

Jungsozialisten Reußdorf. Morgen Dienstag den 18. Dezember Vortrag im Heim.

Jungsozialisten. Gruppe Blüten-Bieschen. Dienstag den 18. Dezember, abends 7½ Uhr. Arbeitsabend im Kaffeehaus, Trocken.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Sei gegrüßt alle die Weihnachtsmesse des Kunstgewerbe-Institut. Dienstag, 22. 12. 1923. Sie ist geöffnet bis 22. Dezember, täglich von 10 bis 8 Uhr. Sonntags von 10 bis 4 Uhr. Der Eintritt ist frei. In dieser Messe kann ihr seine Weihnachtsgeschenke von Künstlerhand sehr preiswert kaufen.

Gruppe Striesen-Ost. Mittwoch den 19. Dezember, 7 Uhr (Einlaß 6 Uhr), findet in der Turnhalle der 35. Volksschule, Guts-Müller-Straße, unter Weihnachtsfeier, bestehend in Rezitationen, Feuerspielen, Musik- und Gesangsdarbietungen, statt, zu der wir alle Mitglieder und Freunde unserer Bewegung freundlich einladen. Gruppe Johannstadt. Mittwoch den 19. Dezember, 5½ Uhr, findet in der 51. Volksschule unter diesjährige statt. Die Geschenke für die Sicherung sind bei unserem Christkönig, Guts-Müller-Straße 14, 4., abzugeben. Geschenke nur einmal einpacken!

Gruppe Cotta. Dienstag von 7 bis 9 Uhr Thorabend im Jugendheim. Alle Chorsänger und -sängerinnen müssen unbedingt vertreten sein. — Mittwoch, 7 Uhr, Hauptprobe für die Kinderweihnachtsfeier in der roten Schule (Aula). Alle Mithilfenden müssen eingeschlossen.

Ein Schal ist gestern im Vereinshaus (Weihnachtskonzert) gekauft und es wurde. Abzuholen im Jugendsekretariat, Al. Plauensche Straße 49, dort.

Hier wurde schärfster Protest erhoben gegen die einzelne zu hohen Spieldplatzbelebung (in Strogenwäldchen). Nach dem Entfernen des A. L. S. A. sandte das Sp. A. Birne 50 Millionen Mark. Es blieb allein auf weiter Flur und vorerst verzögert auf Bewegunglosen. In der Richtung A. L. S. A. Das Sp. A. lebten sich auf den Status zurück. Die Freien Ballspielplätze haben sich, weil keiner Centralorganisation angehören, wieder aus dem Kästchen auszubauen. Die dem A. L. S. A. angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet, bis 15. Januar 1924 fortzuführen. Die Deffentlichkeit soll durch die Barteilepreise vom A. L. S. A. über die Arbeiter-Sportbewegung Sachsen im Jahre 1924 orientiert werden. Zu Punkt 2: Die Konferenz der Arbeiter-Sportgemeinde Sachsen findet am 11. Mai 1924 in Dresden statt. Die Parteien müssen sich begegnen mit der Entsendung einer Vertretung befasst. Die Röntgen der Delegation trägt das entsendende Kostell selbst und trägt mit einem einmaligen Beitrag an das A. L. S. A. zur weiteren Kostenbedeckung der Konferenz bei. Diesen Beitrag soll die Delegierte mitbringen. Die Tagesordnung der Konferenz wird noch bekanntgemacht. Zu Punkt 3: Am 28. Oktober kommt das A. L. S. A. 2 Milliarden, am 15. November 200 Milliarden staatliche Beihilfe für Jugendspiele und Leibesübungen an der Kasse des Ministeriums für Volksbildung erheben. Von der Bewilligung der Beihilfe im Landtag bis zur Auszahlung an das A. L. S. A. entwirkt das Geld so, daß keiner der bedachten Organisationen damit auch nur im geringsten gebündigt ist. Die Regierung hat der Regierungsbildung völlig ungünstig Rechnung getragen. Von einer Förderung der Leibesübungen treibenden Verbände durch die Regierung kann unter diesen Umständen keine Rede sein. Die ganze Summe war mit der Ausgabe für zwei Stachanahnschäften, die die Erhebung verursachte, aufzugehen. Zu Punkt 4: Das A. L. S. A. beantragt für die Mitglieder des Landesvereins für Leibesübungen der der Steuerabgabe Ausweise. Die Finanzierung ist eine Arbeitsschaffung für zwei Stachanahnschäften. Ohne Mittel ist keine Arbeitsmöglichkeit mehr vorhanden. Neben der Interessengemeinschaft der eingemeldeten Organisationen an den Arbeitsschäften wurde Klage geführt. Die Einladungen an die Sitzungen des A. L. S. A. erfolgen häufig außer in der Dresdner Volkszeitung schriftlich auf Kosten der angeschlossenen Organisationen.

Kinder in Not!

Von Stadtobermedizinalrat Dr. Rastner, Stadtschulrat

Kinder in Not! Dieser Ruf kann nicht oft genug, kann nicht laut genug in alle Welt hinausgeschickt werden. Wir Schulärzte sehen alle Tage das entsetzliche Elend, unter dem unser Jugend verkommt, wie können wir besten beurteilen, in welch herabgelommener körperlicher Verfassung unsre Kinder sich befinden. Die Lehrerschaft, die Schulpflegerin und wir Schulärzte wissen es nicht als alle andern, wieviel Kinder morgens ohne Frühstück in die Schule kommen, wieviel Kinder kein zweites Frühstück bekommen, wieviel auch ein warmes Mittagessen entbehren müssen, wieviel schließlich ohne Rost ebenfalls zu Bett gehen.

Gewiß, es hat Hilfe in großem Umfang eingesetzt. Die Quäterspeisungen, die Lebherhilfe, die Freitische, sie alle dienen dazu, der äußersten Not abzuhelfen, und der Erfolg wird sich bald bemerkbar machen. Aber die Mittel, die zur Verfügung stehen, die vom Reich, dem östlichen Staat, der Stadt, Privaten und Ausländern gegeben werden, sie reichen doch bei weitem noch nicht aus, um auch unsre Kinder wirklich fett zu machen. Es müssen noch ungleich mehr Kreise für die tägliche Hilfe herangezogen werden.

Ein Teil der Ausländer hat uns seit Jahr und Tag in nicht genug zu dankender Art und Weise mit Lebensmitteln aller Art unterstützt, hat eine große Zahl unserer ärmeren und heruntergekommenen Kinder zu sich in ihr Land genommen und durch Wochen und Monate glänzend ernährt und oft auch bekleidet. Ihnen gebürtig unser wärmster Dank. Und wir werden weiter Propaganda im Ausland treiben, werden immer wieder bitten, daß trotzdem unsre Not noch nicht im geringsten behoben ist. Wehe noch als bisher geschahen, werden wir die ausländischen Missionen in unseren Schulen, in unseren östlichen Häusern herumführen, damit sie sich durch wütigen Augenschein davon überzeugen, daß wir nicht unsre Kinder Not übertrieben. Aber nicht nur das, es soll helfen, wir selbst müssen noch weit mehr für unsre Jugend, für unsre Nachwuchs, für unsre Zukunft tun. Es gibt auch bei uns noch genug Kreise, die von der Not der Zeit nichts verpaßt haben, die ausgiebig geben und helfen können, ohne sich selbst auch nur den geringsten Baumang auszulegen. Denn trotz Quäterspeisung, trotz Lebherhilfe, trotz privater Freitische fehlt es noch an allen Ädern und Stanten. Wir können, wie gesagt, bisher nur einen Teil der elendsten Kinder versorgen. So reichen z. B. die Mittel noch nicht mal dazu, die Wäscherei und Knaben der Berufsschulen mitzubringen. Und gerade bei diesen 14- bis 17jährigen Jugendlichen ist die Not noch und Hilfe dringend notwendig. Gerade diese sind ja auch die Kinder, die schon im Kriege und in der Nachkriegszeit gehungernd haben. Auch die kleinen und die Vorschulälter können wir nicht oder nur ganz ungenügend unterstützen. Wölfiger Mangel besteht an Milch, sowohl für die Säuglinge und Kleinstinder, wie auch für hoffende und stillende Mütter.

Und die Folgen dieser Hungernot? Nur in großen Zügen können diese hier aufgeführt werden. Nachts, Rückratverkrüppungen, Ektroktose, Überkrüppung nehmen in erstaunlichem Maße zu, wie sehen bei unsrer schulärztlichen Untersuchungen nur selten noch ein normales Kind. Herzgerüche, die auf Blutarmut zurückzuführen sind, hören mir ungleich häufiger als früher. Auch die Zahl der Hautkrankheiten mehrt sich wieder. Aber bei diesen handelt es sich nicht um eine neue entstandene Hautkrankheit, wie unlängst zu lesen war, die auf Unterernährung zurückzuführen sein sollte. Es bedarf wirklich keiner Neuentdeckung, es genügen die allen Arzten längst bekannten Hautkrankungen, die Krätze und der Impetigo. Dabei ist ohne weiteres zu zeigen, daß eine schlecht erhaltene Haut leichter jeder Infektion zugänglich ist als eine gut durchblutete und gepolsterte Haut. Aber zum größten Teil liegt die Schuld an dem vermehrten Wieder-aufsetzen dieser Hautaffectionen wo anders, am Mangel an Wasser und Seife, an ungenügender Körperpflege. Ja, wir brauchen mehr warmes Wasser, mehr Seife, mehr Seife für unsre Kinder, wie brauchen auch mehr Ausflösung über die Notwendigkeit von Sauberkeit und Hygiene des Körpers. Viele Eltern sind gewiß nicht imstande, diese zur Pflege notwendigen Dinge zu beschaffen, denn es fehlt an Heuerungsmaterial, die Gaspreise sind für sehr viele nicht erschwinglich. Auch hier muß die Deffentlichkeit großzugig eingreifen: Billige oder gar freie öffentliche Bäder zur Vorbeugung, freie Medikamente zur Heilung solcher Hautkrankungen. Über auch Aufklärung, damit nicht folgender Satz häuft: Eine Mutter hat ein Kind wegen großer Unsauberkeit bereits mehrfach nach Hause geschickt. Eines Tages kommt das Mädchen mit einem Brief der gefeuerten Mutter, in dem diese mitteilt, daß sie nicht Zeit dazu habe, für ihr Kind besser zu jagen; und sie fügt wördlich hinzu: "Sand aus Herz, Fräulein, waschen Sie sich alle Tage!" Es fehlt ferner an der notwendigsten Kleidung. Vieles zerstört Hemden, Strümpfe, Unter- und Oberkleider, wieviel ganz abgetragene, unheilbar kaputte Kleidung sieht man bei den armen Kindern! Ja, wie oft fehlen geradezu solche Unterwäsche! Und gar zum Wechseln sind diese Kleidungsstücke überhaupt nicht vorhanden.

Man beschuldige mich nicht der Überzeichnung, ich male in meiner Weise schwärzer, als den tatsächlichen entspricht. Kinder in Not, so rufe ich allen denen zu, die helfen können und darum auch helfen müssen. Weihnachten, das Fest der Freude, das Fest der Kinder steht vor der Tür. Gibt mit tollen Händen, gibt Lebensmittel aller Art, gibt Kleidungsstücke, gibt Brennmaterial, geht Geld. Kinder in Not!

Arbeiter-LandesSportkartell

Sitzung am 10. Dezember. Vertreten sind Turner,

Schwimmer, Radfahrer, Naturfreunde, es fehlen somit Athleten, Volksgeburten, Samariter. Tagesordnung: 1. Allgemeine Sitzung.

2. Bandeskongress. 3. Staatsvertröpfung. 4. Allgemeines.

Zu Punkt 1 berichtet der Vorsteher über den danebenliegenden

schriftlichen Bericht zwischen Ortskartellen und dem A. L. S. A.

und weist auf die Gefahr hin, die durch Verlorengehen jeder Fuß-

lungsnahe mit den Landesinstanzen entsteht. Besprochen wird ein

Bericht über die Generalversammlung des Sportkartells Leipzig.

Spieldplatzbelebung (in Strogenwäldchen). Nach dem Entfernen des A. L. S. A. sandte das Sp. A. Birne 50 Millionen Mark. Es blieb allein auf weiter Flur und vorerst verzögert auf Bewegunglosen. In der Richtung A. L. S. A. Das Sp. A. lebten sich auf den Status zurück. Die Freien Ballspielplätze haben sich, weil keiner Centralorganisation angehören, wieder aus dem Kästchen auszubauen. Die dem A. L. S. A. angeschlossenen Organisationen sind verpflichtet, bis 15. Januar 1924 fortzuführen.

Die Deffentlichkeit soll durch die Barteilepreise vom A. L. S. A. über die Arbeiter-Sportbewegung Sachsen im Jahre 1924 orientiert werden.

Zu Punkt 2: Die Konferenz der Arbeiter-Sportgemeinde Sachsen findet am 11. Mai 1924 in Dresden statt. Die Parteien müssen sich begegnen mit der Entsendung einer Vertretung befasst.

Die Röntgen der Delegation trägt das entsendende Kostell selbst und trägt mit einem einmaligen Beitrag an das A. L. S. A. zur weiteren Kostenbedeckung der Konferenz bei.

Dieser Beitrag soll durch die Barteilepreise vom A. L. S. A. über die Arbeiter-Sportbewegung Sachsen im Jahre 1924 orientiert werden.

Zu Punkt 3: Am 28. Oktober kommt das A. L. S. A. 2 Milliarden, am 15. November 200 Milliarden staatliche Beihilfe für Jugendspiele und Leibesübungen an der Kasse des Ministeriums für Volksbildung erheben.

Von der Bewilligung der Beihilfe im Landtag bis zur Auszahlung an das A. L. S. A. entwirkt das Geld so, daß keiner der bedachten Organisationen damit unbedingt gebündigt ist. Die Regierung hat der Regierungsbildung völlig ungünstig Rechnung getragen.

Von einer Förderung der Leibesübungen treibenden Verbände durch die Regierung kann unter diesen Umständen keine Rede sein. Die ganze Summe war mit der Ausgabe für zwei Stachanahnschäften, die die Erhebung verursachte, aufzugehen.

Zu Punkt 4: Das A. L. S. A. beantragt für die Mitglieder des Landesvereins für Leibesübungen Ausweise.

Die Finanzierung ist eine Arbeitsschaffung für zwei Stachanahnschäften.

Die Schule genug daran, da ihre Riesengewerbe-Betriebe auszumachen ihrer Gläubiger durch die Papier des Reiches riefen.

Die Schule genug daran, da ihre Riesengewerbe-Betriebe auszumachen ihrer Gläubiger durch die Papier des Reiches riefen.

Die Schule genug daran, da ihre Riesengewerbe-Betriebe auszumachen ihrer Gläubiger durch die Papier des Reiches riefen.

Die Schule genug daran, da ihre Riesengewerbe-Betriebe auszumachen ihrer Gläubiger durch die Papier des Reiches riefen.

Die Schule genug daran, da ihre Riesengewerbe-Betriebe auszumachen ihrer Gläubiger durch die Papier des Reiches riefen.

Die Schule genug daran, da ihre Riesengewerbe-Betriebe auszumachen ihrer Gläubiger durch die Papier des Reiches riefen.